

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

129 (6.6.1934)

# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3800 IV.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 63, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: A. Dups, Durlach.



Anzeigeberechnung: Die 6gepaaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 8 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezogler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 129

Mittwoch, den 6. Juni 1934

105. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

Reichsjustizminister Dr. Gürtner hat sich über die Reform des Strafrechts ausgesprochen, die voraussichtlich im Herbst zum Abschluß kommen soll.

Zum deutschen Rotekreuztag, der am kommenden Sonntag stattfindet, erläßt der Präsident des Roten Kreuzes einen Aufruf.

In Dresden wurde das Rudolf-Heß-Krankenhaus als ärztliche Forschungsanstalt für natürliche Heilweise seiner Bestimmung übergeben.

Bei einem Bergwerksunglück in China sind 75 Bergleute ums Leben gekommen, bei dem Taifununglück an der Küste von Korea 350 Fischer.

In Judva hat die katholische Bischofskonferenz und die Generalversammlung des Bonifatiusvereins begonnen.

In Genf hat man im Präsidium der Abrüstungskonferenz am Dienstag noch keine Lösung gefunden. Henderfon drohte mit dem Rücktritt.

## Der Reichspräsident nach Neudorf abgereist

DNB. Berlin, 5. Juni. Reichspräsident von Hindenburg hat am Dienstag abend mit dem fahrplanmäßigen Zuge Berlin verlassen und sich nach Ostpreußen begeben, wo er für einige Wochen auf seinem Gut in Neudorf Aufenthalt nehmen wird.

## Hohe italienische Ordensauszeichnungen für Admiral Raeder und Kapitän Densch

DNB. Berlin, 5. Juni. Der König von Italien hat dem Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Raeder, das Großoffizierskreuz des Ordens des Heiligen Mauritius und Lazarus und dem Chef des Stabes der Marineleitung, Kapitän z. S. Densch, das Kommandokreuz des Ordens der Krone von Italien verliehen.

## Der Reichsjahresmeister:

NSA. Der Reichsjahresmeister gibt bekannt:

Der Führer hat unterm 3. Mai 1934 folgende Anordnung erlassen:

„Ich bestimme, daß alle Beschaffungsvorhaben zur Stellung und Durchführung rechtzeitig der Reichsjahresmeisterei gemeldet werden müssen.“

Dazu erlasse ich folgende Durchführungsbestimmungen:

1. Diese Anordnung ist, soweit es sich um die Beschaffungen in Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen, sowie Abzeichen, einschließlicly Fest- und Tagungsabzeichen, handelt, für folgende Gliederungen und deren Untergliederungen der NSDAP, verbindlich:

a) SA., b) SS., c) PD. (NSBO), NS-Hago, NS-Frauen (NSF), d) Reichsjugendführung (HJ, DJ, BDM, Jungmädchen (BDM)), e) NS-Volkswohlfahrt, f) Reichspropaganda-Verwaltung der NSDAP, g) NS-Arzt-Bund, h) NS-Beamten-Bund, i) NS-Zurück-Bund, j) NS-Kriegsopferversorgung, k) NS-Lehrer-Bund, m) NS-Studentenbund, ferner n) Deutsche Arbeitsfront.

2. Die laufenden Beschaffungsvorhaben in Bekleidung, Ausrüstung und Abzeichen sind der Reichsjahresmeisterei mengenmäßig jeweils zum 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember für das folgende Kalenderdritteljahr zu melden.

3. Die Beschaffungsvorhaben in Fest- und Tagungsabzeichen sind mengenmäßig drei Monate vor Durchführung der geplanten Veranstaltungen der Reichsjahresmeisterei zur Kenntnis zu bringen. Die Ausarbeitung der Entwürfe bleibt den Veranstalter überlassen. Ueber das zu verwendende Material können der Reichsjahresmeisterei Vorschläge unterbreitet werden, die endgültige Festlegung des Materials ist der Reichsjahresmeisterei vorbehalten.

4. Neueinführungen sowie Änderungen in Bekleidung, Ausrüstung und Abzeichen können nur im Einvernehmen mit der Reichsjahresmeisterei durchgeführt werden. Die Bekanntgabe von Neueinführungen und Änderungen darf ebenfalls nur im Einverständnis mit der Reichsjahresmeisterei erfolgen.

5. Das Recht, Vorschriften über Verarbeitung, Form und Farbe zu erlassen, bleibt im allgemeinen den unter Ziffer 1 genannten Gliederungen vorbehalten. Das für die Herstellung von Bekleidung, Ausrüstung und Abzeichen zur Verwendung kommende Material bestimmt die Reichsjahresmeisterei.

6. Die Genehmigung der Beschaffungsvorhaben erfolgt nach Maßgabe der der Reichsjahresmeisterei zurzeitigen Koststoffe.

München, den 1. Juni 1934.

gez. Schwarz.

## Vor dem Ende in Genf

Kein Ausweg in Genf gefunden

Genf, 5. Juni. Im Laufe des Vormittags haben zwischen den wichtigsten Abordnungen der Abrüstungskonferenz eine Reihe von Besprechungen stattgefunden. Es wurde versucht, für die am Nachmittag stattfindende Tagung des Präsidiums wenigstens etwas günstigere Vorbedingungen zu schaffen. Insbesondere soll sich Norman Davis bemühen, eine Einigungssformel zu finden. Von unterrichteter Seite wird aber versichert, daß die Verzerrung noch immer sehr groß sei und sich ein wirklich dankbarer Ausweg nirgends zeige. Unter diesen Umständen wird wieder mehr als bisher von einer Vertagung der Abrüstungskonferenz gesprochen, die natürlich irgendwie bemängelt werden würde. Auch mit der Einlegung irgend eines Ausschusses, in dem sich dann wahrscheinlich die zahllosen Gegenläge innerhalb der großen Konferenz im Kleinen widerspiegeln würden, rechnet man immer noch.

## Eine Entschliegung Henderfons

Genf, 5. Juni. Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderfon hat dem Präsidium der Abrüstungskonferenz folgende Entschliegung zur Beschlußfassung vorgelegt:

Der Hauptauschluß der Abrüstungskonferenz begrüßt mit Befriedigung den von den verschiedensten Seiten deutlich ausgesprochenen Wunsch, die Konferenz ihre Arbeiten fortsetzen zu sehen mit dem Ziel, zu einem Abkommen zu gelangen;

beschieht, daß der Vorschlag Somjetrulands, die Konferenz in eine dauernde Friedenskonferenz umzuwandeln, einer Prüfung der Regierungen unterworfen werden muß, ehe er Gegenstand der Beratungen bildet;

ist der Meinung, daß der Vorschlag, gegenseitige Hilfeleistungspakte abzuschließen, in erster Linie zwischen den Regierungen verhandelt wird, die unmittelbar daran interessiert sind. Die Ergebnisse müßten dann dem Präsidium der Konferenz mitgeteilt werden;

teilt die Ansichten der türkischen Abordnung, wonach es angezeigt sein würde, die Teilnahme aller interessierten Regierungen an diesen Besprechungen zu sichern;

beschieht, daß die Durchführungsbüroschaften für ein künftiges Abkommen, wie es in den ersten Paragraphen des Vorschlages enthalten ist, der durch die sechs Abordnungen unterbreitet wurde, dem besonderen Ausschuß, der sich unter dem Vorsitz von Bourquin schon mit den allgemeinen Bestimmungen des Abkommens befaßt hat, überlassen werden soll;

stellt fest, daß die Ansichten, wie sie durch die Regierungen Frankreichs, Italiens, Englands und Deutschlands in ihren Noten vom 1. Januar, vom 4. Januar, vom 29. Januar und vom 16. April 1934 ausgedrückt wurden, eine gewisse Möglichkeit bieten zu einer Verständigung zu gelangen;

bittet das Präsidium mit allen Mitteln, die es für angemessen halten sollte, und mit der Unterstützung einer anderen Macht oder anderer Mächte, sie zur Teilnahme an seinen Arbeiten einzuladen, die es für notwendig oder nützlich halten sollte, den Ausgleich der Gegenläge zu versuchen, die noch in den oben erwähnten Noten bestehen;

entschließt im Hinblick auf alle anderen Fragen, die im Hauptauschluß — und zwar in den Sitzungen vom 29. und 30. Mai und am 1. Juni 1934 — vorgebracht worden sind, den Hauptauschluß mit allen Abrüstungsfragen en bloc zu befaßen und die politische Kommission mit allen Sicherheitsfragen, in dem man es ihnen überläßt, diese Fragen in Uebereinstimmung zu bringen und sie zu prüfen oder prüfen zu lassen, durch dafür geeignete Körperchaften, die zu diesem Zwecke gegündet werden sollen, sobald irgend eine Möglichkeit sich zeigt, zu nütlichen Ergebnissen zu gelangen;

ist dennoch der Meinung, daß zum Zwecke einer erfolgversprechenden Behandlung dieser Frage durch die genannten Kommissionen eine politische Vorbereitung im voraus notwendig ist, und daß eine verfrühte Prüfung unwirksam dieselben Schwierigkeiten entstehen lassen würde, die man schon in der Vergangenheit angetroffen hat;

bittet daher den Präsidium, die Arbeit und die Vorbereitung fortzusetzen und beschleunigt ihn, das Studium der die Abrüstung oder die Sicherheit betreffenden Fragen in Angriff zu nehmen, sobald im Hinblick auf die politischen Fragen genügende Fortschritte erreicht sind.

Der Entschliegungsentwurf Henderfons ist ein ausgesprochenes Verlegenheitszeugnis. Eine Menge sich gegenseitig aufhebender Entschliegungen sind in dieses Schriftstück hineingepreßt worden, um auf diese Weise eine Einklammerung wenigstens für die wenigen tatsächlichen Anordnungen der Entschliegung zu erreichen. Besonders bezeichnend ist es, daß Henderfon die vollkommene Unfähigkeit der Konferenz eingesteht, als solche weiter zu arbeiten, und daß die direkten Verhandlungen wieder in den Vordergrund geschoben werden. Henderfon selbst läßt sich Vollmachten für die persönliche Weiterführung der Verhandlungen geben. In keiner Weise ist in dieser Entschliegung auch nur der geringste praktische Fortschritt erkennbar. Alles in allem Zeichen trostloser Verlegenheit und einer unfähig scheinenden Verzerrung.

Kurz vor 17 Uhr wurde die Sitzung des Präsidiums für etwa eine halbe Stunde unterbrochen, um den Beteiligten zu ermöglichen, den Vorschlag Henderfons nochmals eingehend zu prüfen.

## Henderfon droht mit jenem Rücktritt

Genf, 5. Juni. Die Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz dauert hinter verschlossenen Türen an. Auf Anregung des polnischen Außenministers Beck wurden die Abfälle 6 und 7 des Entschliegungsentwurfes Henderfons, in denen von der Möglichkeit gesprochen worden war, den Standpunkt Frankreichs, Italiens, England und Deutschlands auf einen Nenner zu bringen und in denen das Präsidium mit einer entsprechenden Aufgabe betraut wurde, gestrichen. Der polnische Antrag erfolgte nicht aus politischen Erwägungen, sondern ging davon aus, daß Polen an den Sonderbesprechungen der großen Mächte nicht beteiligt gewesen sei.

Nach Beck sprach Barthou. Er stellte die Sicherheitsfrage wieder in den Mittelpunkt und lehnte den wesentlichen Teil des Antrages Henderfons ab. Insbesondere lehnte er den Vorschlag, dem Präsidium besondere Vollmachten zur Lösung der Abrüstungskrise zu erteilen, ab. Was jetzt vorgeschlagen werde, sei genau das Gegenteil dessen, was man im Hauptauschluß beschlossen habe. Auch er sei dafür, daß Deutschland wieder in die Konferenz zurückkehre, aber er sei dagegen, daß man es ausdrücklich zurückhole. Es müsse mit dem gleichen freien Willen zurückkommen, mit dem es die Konferenz verlassen habe.

Wie man erfährt, ging es bei den Verhandlungen des Präsidiums sehr lebhaft zu. Seitdem Henderfon sich nach seiner Extratour zu Beginn der Konferenz wieder dem englischen Standpunkt weitgehend angenähert hat, ist er nun in einen ausgesprochenen Gegensatz zu Barthou geraten.

Henderfon erwiderte dem französischen Außenminister sofort in ungewöhnlich scharfer Weise, wobei er sich mit lebhaften Gesten immer wieder gegen Barthou wandte und schließlich mit jenem Rücktritt drohte. Wenn die Franzosen seinen Plan zu nichte machten, ohne einen besseren vorzuschlagen, so müßte er die Folgerungen daraus ziehen. Er habe für morgen den Hauptauschluß einberufen und wisse nicht, wie dieser weiterarbeiten solle, wenn keine Arbeitsgrundlage vorhanden sei. Henderfon deutete weiter an, daß er in diesem Falle Frankreich die Schuld am Scheitern der Konferenz zuschieben würde.

Wie weiter verlautet, war es kurz vorher noch zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Barthou und dem Spanier Madariaga gekommen, der den Franzosen durch einen Zurschützen unterbrochen hatte. Alles deutet also darauf hin, daß sich die Verhandlungen innerhalb des Präsidiums in einem besonders kritischen Stadium befinden und daß die Gegenläge vielfach eine persönliche Form angenommen haben.

## Hauptauschluß vertagt

Genf, 5. Juni. Gegen 19 Uhr war die Sitzung des Präsidiums beendet. Wie zu erwarten war, ist wiederum keinerlei Ergebnis erzielt worden. Die für Mittwoch angelegte Sitzung des Hauptauschusses ist deshalb vertagt worden. Statt dessen wird das Präsidium keine Beratungen am Mittwoch fortsetzen. Zum Schluß erwiderte Barthou kurz auf die scharfen Worte Henderfons. Im Laufe der Aussprache nahmen noch der Vertreter Englands, Eden, und der Vertreter Italiens, Soragna, das Wort.

Am Schluß der Sitzung wurde der Antrag Henderfons in seiner neuen Fassung bekanntgegeben. So lautet der Absatz 6 des ursprünglichen Textes jetzt: Der Hauptauschluß bittet das Präsidium, mit allen ihm geeignet erscheinenden Mitteln den Versuch zu machen, die politischen Gegenläge zu bereinigen, die noch bestehen. Der Absatz 7 ist gefallen und der Absatz 6 wesentlich abgeändert worden. Er hat folgenden Wortlaut: Der Hauptauschluß ist dennoch der Meinung, daß — mit Ausnahme der Fragen der Kontrolle, des Waffenhandels und der Waffenerstellung, deren Studium ohne Ausschluß fortgesetzt werden kann — eine politische Vorarbeit notwendig ist, um es den erwähnten Ausschüssen möglich zu machen, in den ihnen übertragenen Fragen zu einem Ergebnis zu kommen.

## Moissi Präsident eines Abrüstungsausschusses?

Genf, 5. Juni. Gerüchweise hört man in den Wandelhallen des Völkerbundes, daß unter einigen Vertretern auf der Abrüstungskonferenz auch der Plan erwogen worden sei, Baron Moissi zum Präsidenten eines Ausschusses zu machen, dem die Entscheidung oder doch Vorschläge über den weiteren Verlauf der Abrüstungsverhandlungen anvertraut werden sollen. Dabei wurde betont, daß Baron Moissi bei der Lösung der sehr komplizierten Saarfrage sehr viel diplomatisches Talent und sehr viel Fähigkeit bewiesen habe.

## Stand der Strafprozessreform

Berlin, 5. Juni. Reichsjustizminister Dr. Gürtner äußerte sich zu einem Vertreter des „Blättern Beobachters“ über den Stand der Strafprozessreform. Voraussichtlich werde der Ausschuss im September zu einem ersten Abschluß gelangen. Der Entwurf werde dann noch einmal in einer zweiten Lesung geprüft werden.

Der Ausschuss will nur in den Schwurgerichten mitwirken lassen. Die Frage wird aber vorher genau überlegt werden. Sollten Laien beibehalten werden, so wird sicher Bedacht darauf genommen, daß nur solche Personen dieses Ehrenamt ausüben dürfen, die hohe menschliche und sittliche Eigenschaften haben und Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den neuen Staat eintreten.

Wenn man von der Uebertragung des Führergedankens auf die Rechtspflege spricht, so meint man keineswegs den Führergedanken in der Form, wie wir ihn heute in allen Gebieten der Verwaltung und weit darüber hinaus verwirklicht sehen. Der Führergedanke in dieser Form hätte zur Folge, daß dem Führer des Gerichts von seinem vorgeordneten Führer, also zuletzt von der obersten Staatsführung Weisungen mit der unabänderlichen Verpflichtung, sie zu befolgen, erteilt werden könnten. Die Anhänger der Uebertragung des Führergedankens auf die Rechtspflege wollen erreichen, daß die Verantwortlichkeit einer Einzelperson für den Urteilspruch klar herausgestellt wird. Der Strafprozessausschuss hat den Einzelrichter in erster Linie für die sogenannte kleine Kriminalität vorgesehen. Das sind 70 bis 80 Prozent aller Strafsachen. Für die mittlere und schwere Kriminalität will der Ausschuss einstweilen an dem Kollegialsystem festhalten. Sie hat indessen vorgeesehen, dem Vorsitzenden im Gerichtshof eine viel härtere, seine Verantwortlichkeit klar heraushebende Stellung einzuräumen.

Der Strafprozessausschuss war einmütig der Ansicht, daß mit dem geltenden Recht, das den Staatsanwalt und den Beschuldigten als zwei gleichberechtigte Parteien behandelt, gebrochen werden muß. Der zur Unparteilichkeit verpflichtete Staatsanwalt muß unmissverständlich der Herr des Vorgehens werden. Die richterliche Voruntersuchung muß grundsätzlich befristet werden. Der Staatsanwalt muß auch das Recht erhalten, gegen den Beschuldigten und gegen Zeugen mit Zwangsmitteln vorzugehen. Er muß die Untersuchungsphase, die Beschlagnahme, die Durchsuchung und die körperliche Untersuchung anordnen können. Grundlegende Änderungen wird auch die Untersuchungshaft erfahren müssen. Im geltenden Recht ist sie nur gegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr zulässig. Nach den Vorschlägen des Ausschusses hat sie in erster Linie dem Zweck zu dienen, die Volksgemeinschaft davor zu schützen, daß der Beschuldigte seine Freiheit zu neuer Straftaten mißbraucht. Die Hauptverhandlung selbst muß von allen überflüssigen und hemmenden Bestimmungen befreit werden. Dies gilt besonders für das Beweisrecht. Das darf natürlich nicht auf Kosten der Wahrheitsermittlung geschehen. Ein gerechtes Urteil ist das unverrückbare Ziel des deutschen Strafverfahrens.

Kommt man dazu, so sagte er die Berufung — wenigstens teilweise — beizubehalten, so werden jedenfalls zwei Rechtsmittel, nämlich die Berufung und gegen das Berufungsgericht die Revision nicht mehr gegeben werden. Es wird nur das eine oder das andere Rechtsmittel zur Wahl gestellt werden. Auch bei dem Wiederannahmegericht wird in stärkerem Maße als bisher den Notwendigkeiten des autoritären Staates Rechnung getragen werden müssen. Die neue Strafprozessordnung wird auch deutlich aussprechen, daß der Verteidiger Organ der Rechtspflege in wahrstem Sinne des Wortes ist. Sie wird mit dem geltenden Recht insoweit brechen, daß sie nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten des Verteidigers festlegen wird.

## „Graf Zeppelin“ wieder daheim

Friedrichshafen, 5. Juni. „Graf Zeppelin“ ist am Dienstag früh 7 Uhr von seiner Südamerikafahrt glatt gelandet. In Bord besaßen sich 18 Passagiere und 150 Kilogramm Post. Bei der Ankunft des Luftschiffes hatten sich trotz der frühen Morgenstunden zahlreiche Zuschauer eingefunden. Unter den 18 Passagieren befand sich auch der brasilianische Bischof Müller. Er äußerte sich sehr begeistert über seine Zeppelinreise und beabsichtigt, am 23. Juni wieder im Luftschiff nach Brasilien zurückzukehren. Während seines Europa-Aufenthalts will der Bischof in Rom den Papst und außerdem Konnerzrath besuchen. Wie die Deutsche Seewarte mitteilt, hat „Graf Zeppelin“ die Rückreise Pernambuco-Friedrichshafen in der erstaunlich kurzen Zeit von 78 Stunden zurückgelegt.

## Gladys kämpft um die goldene Schleife

Roman von Hedda Lindner.

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W 62 (Nachdruck verboten)

Nein, sie konnte nicht an ihren Vater schreiben. Was würde John MacCarrick von seiner Tochter denken, wenn er sie hier sehen könnte! Sie würde morgen ein langes Kabel abschicken, daß es ihr gut geht.

Conchita's Erscheinen rief sie aus ihren trüben Gedanken. Conchita trug das berühmte grüne Spitzenkleid über dem Arm und fragte vorwurfsvoll, ob das etwa auch mit fort solle. Gladys wollte zustimmen, aber dann preßte sie wie in plötzlichem Trotz die Lippen zusammen. „Nein, laß nur, Conchita, es ist gut.“ Conchita zog befriedigt ab. Sie hatte sich sehr gut eingelebt und war froh, daß das Umherreisen aufgehört hatte. Mit der übrigen Dienerschaft vertrat sie sich ausgezeichnet.

So gingen die Tage dahin. Wenn Gladys sich bewußt Rechenschaft geben könnte über das, was während dieser Zeit in ihr vorging, so würde sie vielleicht diese Spanne ihres Daseins auf Schloß Fernhof ihre „Periode des Dienens“ nennen, denn das Ahnen jener ersten Nacht, daß Liebe nicht zu erkaufen noch zu erzwingen ist, daß Liebe verdient und immer wieder neu erworben werden muß, war ihr zu einer Erkenntnis geworden, die monatelang ihr Handeln bestimmte.

So vergingen die Tage auf dem Fernhof — und es hätte vielleicht noch lange so gehen können, wenn nicht ein Ereignis eingetreten wäre, welches jäh eine abermalige Wandlung in Gladys MacCarrick hervorrief.

Gladys saß in der Kamindecke der Bibliothek und sah gedankenvoll zu, wie die dicken Holzleiste krachend und prasselnd durcheinanderfielen. Ab und zu gähnte sie und suchte sich tiefer in den großen Sessel; sie war reichlich müde heute abend, vier Pferde durcharbeiten, das war

## Das Rote Kreuz gehört dem Volke

Aufruf zum Deutschen Rotkreuztag am 10. Juni

Der Präsident des Roten Kreuzes, Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, richtet zum Deutschen Rotkreuztag, der am nächsten Sonntag, 10. Juni, in allen Teilen des Deutschen Reiches einheitlich begangen wird, einen Aufruf. „An T e d e r m a n n!“ In dem Aufruf heißt es:

„Anerkennend steht das Deutsche Rote Kreuz im Dienste derer, die seine Hilfe brauchen. Hunderttausende unseres Volkes spüren jahraus, jahrein inmitten der Last und Not des täglichen Daseinstampfes etwas von dem großen Gedanken unbedingter Hilfsbereitschaft, der im Zeichen des Roten Kreuzes verkörpert ist.

An einem Tag im Jahr, dem Rotkreuztag, soll dem ganzen deutschen Volke dies Zeichen der Hilfsbereitschaft sichtbar und eindringlich vor Augen gestellt werden. Jeder soll wissen, daß das Rote Kreuz für ihn da ist, daß er darum aber auch für das Rote Kreuz da zu sein hat. Der Gedanke der Volksgemeinschaft ist mit dem Sinn und Geist des Roten Kreuzes verbunden von Anfang an. Als Teil des Ganzen dienend und Dienst heischend, wendet es sich an jeden deutschen Mann, jede deutsche Frau und jedes deutsche Kind mit der Anforderung: Hilf mit!

Wir brauchen Männer und Frauen, die werbend den hohen Gedanken des Roten Kreuzes immer weiter in unser Volk tragen, indem sie sich an ihrem Teile und auf dem Plage, den sie auszufüllen vermögen, einer der vielen Aufgaben des Roten Kreuzes widmen.

Alle brauchen wir, damit sie uns helfen, fortzufahren in unserem Werk. Denn es geschieht zum Wohle aller. Sie mögen die Mitgefühlbarkeit im Rote Kreuz erwerben oder uns durch eine Spende in unsere Sammlung die Linderung von Krankheit und Not sichern helfen.

Als der von Adolf Hitler ausgewählte nationalsozialistische Führer des neuen Deutschen Roten Kreuzes rufe ich jeden Volksgenossen auf, das Seine beizutragen zum gemeinsamen Werk. Es ist der beste Dank an uns, wenn wir, allen ohne Unterschied dienend, der Ueberzeugung teilhaftig werden.

Das Deutsche Rote Kreuz gehört dem Volke.“

## Neuzellige Forschungsanstalt für natürliche Heilweise

Dresden, 5. Juni. Am 5. Juni wurde in Dresden ein Rudolf-Höh-Krankenhaus, ärztliche Forschungsanstalt für natürliche Heilweise seiner Bestimmung übergeben. Der Beauftragte der Reichsleitung der NSDAP für alle Fragen der Volksgesundheit, Dr. med. Gerhard Wagner-München und der Oberbürgermeister der Stadt Dresden haben die Gesamtleitung des Hauses dem Oberarzt Dr. Jensen übertragen. Damit wird das bisherige Stadtkrankenhaus Johannstadt neben der Krankenheilung einem neuen Zweck zugeführt, nämlich biologische Forschungsstelle und Fortbildungshäuser für Ärzte zu sein.

Der Stellvertreter des Führers hat in diesem Ausnahmefall die Genehmigung zur Anwendung seines Namens gegeben, um durch dessen Einfluß das Interesse zu betonen, das er an der Erforschung der umfassensten Methoden der naturgemäßen Heilung nimmt. War bei aller umfassensten und gründlichen Forschungs- und Lehrtätigkeit der deutschen medizinischen Wissenschaft das Gebiet der biologischen oder Naturheilmethoden fast vernachlässigt worden, so wird der Arzt künftig im Rudolf-Höh-Krankenhaus in seiner Aus- und Fortbildung mit dem Werte und der Bedeutung der biologischen Heilweise ausreichend bekannt gemacht werden. In der Bevölkerung haben diese Heilmethoden eine immer größere Anhängerzahl gefunden, das Volk hat zu einer solchen Art der Behandlung ein besonders großes Vertrauen. Um einer bedauerlichen Entfremdung zwischen Volk und Arzt entgegenzuwirken und die Aus- und Fortbildung des deutschen Arztes auch nach dieser Richtung zu vervollständigen, wurde nach langen Vorarbeiten ein Werk geschaffen, für das es ein Vorbild in Deutschland nicht gibt. An klinischen Abteilungen erhält das Rudolf-Höh-Krankenhaus eine Ernährungsabteilung, eine psychotherapeutische, eine Abteilung für allgemeine biologische Methoden und eine hydrotherapeutische Abteilung. In enger Verbindung mit dem Krankenhaus wird ein Mutterhaus für die braune Schwesternschaft errichtet.

feine Kleinigkeit. Sie hatte Stephans Pferde mit geritten, denn er selbst war am Morgen nach Hannover gefahren, um Unterkunft für ihre Pferde zur Huberiusjagd zu besorgen; es würde wohl sehr spät werden, bis er zurückkam. Vielleicht kam er auch erst morgen, er hatte nichts darüber gelagt.

Es war gut, daß sie so viel zu tun gehabt hatte, so ein ganzer Tag ohne ihn war doch schrecklich lang. In den letzten vierzehn Tagen war er nicht mehr fortgegangen, nur einmal mit ihr beim dicken Redern zu einem sehr hübschen, unterhaltenden Abend. Sie mochte Redern gern, er war ein anständiger Kerl, manchmal ein bißchen herb, aber das schadete nichts. Außerdem war er Stephans Freund. Stephan! Sie lächelte vor sich hin. Diese anheimelnde Plauderei am Kamin — sie saßen immer hier, seit es für die Terrasse zu kühl geworden war — schien es ihm angefallen zu haben. Er ging immer mehr aus sich heraus. Er hatte ihr von seiner österreichischen Mutter erzählt, deren heiteres Naturell eine glückliche Ergänzung zu dem des schwerfälligen Vaters gewesen war, traurig, daß er seine Eltern so früh verlieren mußte.

Auch von seinen Reisen erzählte er gern, aber was dann kam — mit einem Male brach es ab. Von seinem Leben der letzten Jahre erzählte er nichts, soweit es sich nicht um Turniere und Sportereignisse handelte. Und das große Rätsel, warum er sie geheiratet hatte, das hatte sie noch nicht lösen können; wenn sie sich auch sehr viel nähergekommen waren in der letzten Zeit, diese Frage an ihn zu richten — sie nahm es sich oft genug vor — aber im letzten Augenblick fehlte ihr immer wieder der Mut; sie war einfach hilflos diesem Manne gegenüber. Was sollte auch all das Kopfzerbrechen, sie war ja so gern auf dem Fernhof — trotz allem. Sie gähnte nochmals herzhaft und beschloß, schlafen zu gehen, es war zwar noch sehr früh, aber... Manu, war das nicht Stephans Signal? Sie horchte nach der Tür, eilige Schritte in der Halle, da war er auch schon. „Hallo, Stephan, schon zurück?“ Er war sehr vergnügt. „Du hast mich wohl noch nicht erwartet, nach Hannover sind es auch immerhin fast vier Stunden, aber ich hatte keine Lust, so spät in der Nacht zu fahren, und da bin ich den Jungens von der Reitkule einfach aus-

## Aus dem Völkerbundsrat

Die ungarisch-judlawischen Grenzzwischenfälle

Genf, 5. Juni. Der Völkerbundsrat verhandelte in öffentlicher Sitzung über die ungarisch-judlawischen Grenzzwischenfälle. Zuerst begründete der ungarische Vertreter Ungarns Beschwerde. Es handelte sich, so sagte er, um schwere Zwischenfälle und systematische Schikanen, die seit Jahren an der 638 Kilometer langen ungarisch-judlawischen Grenze vorgekommen seien. Die judlawischen Grenzwachter hätten sich zahlreiche Uebergriffe, von denen die Beschwerte 31, davon 15 mit tödlichem Ausgang, aufzählte, zuschulden kommen lassen. Gleichzeitig seien sehr ernste Beschwerden wirtschaftlicher Art wegen der Lage an der Grenze vorzubringen. So trenne die Grenze in vielen Fällen ganze Gemeinden von ihrem Ackerland. Von Zeit zu Zeit würden die Schwierigkeiten durch völlige Sperrung der Grenze durch die judlawischen Behörden verschärft. Die Feststellung der Fehler jenseits der Grenze werde durch Bag-schwierigkeiten von judlawischer Seite erschwert. 2800 ungarische Landwirte hätten Besitzungen jenseits der Grenze. Diese seien in ihrer Existenz schwer gefährdet. Unmittelbare Verhandlungen mit der Belgrader Regierung seien bisher ergebnislos gewesen. Der ungarische Vertreter nannte zum Schluß eine Reihe von Vorschlägen zur Behandlung der bestehenden Schwierigkeiten.

Der judlawische Vertreter entgegnete, daß die ungarische Regierung sich ganz überraschend an den Völkerbund gewandt habe, obwohl sie in eingehenden Verhandlungen mit der judlawischen Gesellschaft in Budapest gestanden habe. Judlawien habe den aufrichtigen Wunsch nach einer Verständigung. Das Grenzgebiet sei aber zu einem Tummelplatz von Elementen geworden, die unter Duldung der ungarischen Behörden gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit mit Flugblättern, Höllenmaschinen und Anschlägen arbeiteten. In einem Falle sei ein ungarisches Landgut zu einer wahren judlawischen Entgrenzung ausgebeutet worden. Bei den Zwischenfällen mit tödlichem Ausgang, die ungarischerseits erwähnt worden seien, handelte es sich um den Versuch der unerlaubten Grenzüberschreitung. Judlawien sei zu weiteren unmittelbaren Verhandlungen bereit. Der Vorsitzende des Völkerbundsrates stellte darauf den guten Willen der beiden beteiligten Regierungen zur Beilegung der Streitfrage durch unmittelbare Verhandlungen fest. Er hoffe, daß der Rat nicht mehr genötigt sein werde, auf die ungarischen Klagen einzugehen.

## Zur Vorbereitung der Flottenkonferenz

Washington, 5. Juni. Der amerikanische Sondergesandte Norman Davis ist von seiner Regierung angewiesen worden, sobald nach Beendigung seiner Sondermission nach London zu gehen und mit der britischen Regierung über die Vorbereitung der Flottenkonferenz zu verhandeln. Außerdem entbietet die Regierung der Vereinigten Staaten Admiral Leigh und Commander Wilkinson, die am 9. Juni nach London abfahren werden. Die Verhandlungen dürften erst in der zweiten Jahreshälfte beginnen.

## Weitere Einführung von Arbeitspässen unerwünscht

Berlin, 5. Juni. Der preussische Minister für Wirtschaft und Arbeit erklärt, wie das Reichsbüro meldet, in einem Erlaß an die nachgeordneten Behörden, daß die Frage ob es sich empfehle, die Arbeitspässe allgemein oder für bestimmte Berufe einzuführen, zur Zeit von Reichsarbeitsminister geprüft werde. Die Entscheidung solle getroffen werden auf Grund der Erfahrungen, die mit dem im Herbst 1933 verkehrswirtschaftlich eingeführten Arbeitspaß für das Gastwirtschaftsgewerbe in Berlin gemacht werden. Einstweilen sei es unerwünscht, daß dieser Versuch anderwärts oder in einem anderen Gewerbe wiederholt wird. Der Reichsarbeitsminister habe daher die Freihändler der Arbeit ersucht, sich gegenüber allen auf Einführung von Arbeitspässen oder ähnlichen Arbeitslegitimationen gerichteten Bestrebungen ablehnend zu verhalten, und auch die Länder gebeten, derartigen Bestrebungen bis auf weiteres entgegenzutreten. Im Einvernehmen mit dem preussischen Minister des Innern erlaßt der Wirtschaftsminister die Behörden, entsprechend zu verfahren.

## Abonniert das „Durlacher Tageblatt“

geboren; ich sehe sie ja alle in der nächsten Woche bei der Jagd. Guten, danke, ich bin unterwegs eingekehrt, aber eine Tasse Tee nehme ich noch.“ Der Teetisch wurde hereingerollt, dankend nahm er die Tasse, die Gladys ihm reichte, und erzählte angedrängt weiter. „Also mit der Unterkunft ist alles in Ordnung. Der Reiterverein hat uns erlaubt, die Pferde in seinen Stallungen bei Langenhagen unterzubringen, die liegen zu den Jagden außerordentlich günstig. Ich werde dann den „Harras“ nehmen, und du? Willst du es mit „Widu“ riskieren?“

„Aber natürlich“, jagte Gladys überzeugt. „Er ist heute glänzend gesprungen, von Ausbrechen keine Rede mehr, du kannst ihn mit gutem Gewissen als vollkommen zugeritten verkaufen.“

Stephan sah sie nachdenklich an. „Ich möchte ihn nicht verkaufen“ — und dann mit leichtem Zögern — „ich möchte — der „Widu“ ist doch so ganz deine Arbeit, natürlich hast du Pferde genug zum Reiten hier, aber — ich möchte ihn dir schenken, als persönliches Eigentum, weißt du.“

Gladys spürt eine wunderbare Wärme, die langsam ihren Körper durchdringt. Er schenkt ihr den „Widu“! Schenkt nicht pflichtgemäß wie zur Belohnung und Hochzeit, nein, er schenkt, weil er ihr Freude machen will. Ihre Augen sind feucht, als sie ihm mit einer leidenschaftlichen Bewegung die Hand entgegenstreckt. „Wie ich mich freue, oh, wie ich mich freue!“

Stephan ergreift ihre Hand nicht ohne Verlegenheit. Das ist ja rührend, wie Gladys sich freut — ein Pferd ist doch kein so überwältigendes Geschenk auf dem Fernhof — aber ihr Gesicht leuchtet förmlich vor Dankbarkeit. Er sieht sie in staunender Ueberraschung an. Hat er dieses strahlende Gesicht mit den großen, schimmernden Augen wirklich einmal häßlich gefunden? Impulsiv dreht er ihre Hand um und küßt die kleine Mulde der inneren Handfläche, dann gibt er sie frei. Gladys lehnt sich tief in ihren Sessel zurück, sie hat die Lider gesenkt, um ihre Verwirrung zu verbergen und spürt dem neuen atemberaubenden Gefühl nach, das sie bei diesem Handkuß durchgittert hat.

(Fortsetzung folgt.)